

Beschlussvorlage der Verwaltung	Fachbereich: Umwelt, Verkehr, Abwasser	Datum: 17.02.2010	Genehmigungsvermerk Datum: 18.02.2010
Tagesordnungspunkt 1.7	Bezeichnung der Vorlage: Antrag der CDU-Fraktion vom 15.12.2009 betreffend die Verkehrssicherheit der Gehwege im Stadtgebiet		Bürgermeister:
Vorlage-Nr: VO/1345/10			Gez. Pillich
Zu beraten im:			
Datum	Gremium		
02.03.2010	Ausschuss für Städtebau, Umwelt und Verkehr		

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 15.12.2009 folgenden Antrag gemäß § 20 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Wegberg gestellt:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU- Fraktion im Rat der Stadt Wegberg stellt hiermit folgenden Antrag gemäß § 20 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Wegberg:

Der Rat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, die Gehwegbereiche im gesamten Stadtgebiet zu überprüfen und durch geeignete Maßnahmen die Verkehrssicherheit zu verbessern.

Begründung:

Als beliebiges Beispiel soll hier der Gehwegbereich der Prämienstraße in Wegberg Beeck genannt werden. Im Gehwegbereich der Prämienstraße (von Wegberg kommend) befindet sich zwischen den Straßen „Im Rapsfeld“ und „An Haus Beeck“ eine Vielzahl von Laubbäumen. Durch den Wurzelwuchs dieser Bäume heben sich die angrenzenden Gehwegplatten, so dass sich Stolperkanten ergeben, die insbesondere für Fußgänger nicht ungefährlich sind. Auch für Familien mit Kinderwagen oder ältere Mitbürger, die z.B. auf die Nutzung eines Rollators angewiesen sind, ergeben sich durch die hochstehenden Gehwegplatten erheblich Probleme bei der Nutzung dieses Gehweges.

Die vorstehend beschriebene Situation findet sich an einer Vielzahl von Straßen im gesamten Stadtgebiet.“

Der Rat hat in seiner Sitzung am 02.02.2010 die Angelegenheit an den Ausschuss für Städtebau, Umwelt und Verkehr verwiesen.

Bereits durch die Beauftragung des Straßenkatasters hat die Verwaltung die Begutachtung und Schadensklassifizierung für die Nebenanlagen beauftragt. Anhand des Katasters sowie den Berichten des Straßenwartes sollen die Schadstellen sukzessive behoben werden. Die Fertigstellung des Katasters erfolgt in Kürze. Die Verwaltung wird regelmäßig über die Umsetzung berichten.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Städtebau, Umwelt und Verkehr stimmt der Vorgehensweise der Verwaltung zu und beauftragt diese, die Gehwege im Stadtgebiet auf der Grundlage des Straßenkatasters und den Berichten des Straßenwartes instand zu setzen. Die Mittel sind im Haushalt bereit zu stellen.

Kosten und Finanzierung:

Derzeit noch nicht bekannt.

Alternativen:

Keine

Anlage/n:

Antrag der CDU-Fraktion vom 15.12.2009

Unterschrift d. federführenden Fachbereichsleiters/Dezernenten
Gez. Gaspers FB 302

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten
Gez. Schneider Erster Beigeordneter